

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Verantwortlicher
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 136.

Freitag, 14. Juni 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Tagesgeschichte.

Eine ständige Rubrik in den englischen Blättern bilden jetzt fortgesetzt die Klagen über das steigende Vordringen des deutschen Wettbewerbs. Es ist nicht ganz leicht, zwischen den objektiven Thatsachen, worauf die klageführenden Kreise des englischen Gewerbelebens sich stützen, und der subjektiven Färbung jener Thatsachen behufs Verfolgung tendenziöser Ziele zu unterscheiden. Wenn man aber aus den bisherigen einschlägigen Veröffentlichungen den Durchschnitt zieht, so stellt sich heraus, daß, sobald das Augenmerk des Lesers nach erledigter Schilderung jeden einzelnen Falles auf die allgemeinen Ursachen des Niederganges der englischen und des Emporkommens der deutschen industriellen Leistungsfähigkeit gelenkt wird, regelmäßig in mehr oder minder gewundenen und abgewinkelten Motivierungen den überlegenen Eigenschaften der Deutschen, ihrer gediegenen Schul- und technischen Vorbildung, ihrer überlegenen Sprachkenntnis, ihrem bessern Anpassungsvermögen, ihrer größeren geschäftlichen Mäßigkeit und Hingabe an die Sache, endlich ihren soliden Lebensgewohnheiten, ihrer größeren Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit die Palme gereicht wird. Man sollte meinen, eine derartige von den verschiedensten Seiten kommende Anerkennung reichte vollständig aus zur Erklärung der von den Engländern beklagten Wendung der Konjunktur zu Deutschlands Gunsten, ohne daß sie nötig hätten, ihr nationalökonomisches Gewissen mit Empfehlung von Kompensationsregeln, welche mit dem Freihandelsdogma in so schreiendem Widerspruch stehen, zu belasten. Rationeller wäre es unzweifelhaft, wenn die belagerten Einfluss auf das englische Gewerbeleben übenden Persönlichkeiten und Behörden dahin wirken wollten, daß in dem Nachwuchs der englischen Geschäftswelt die bei den deutschen Konkurrenten festgestellten Tugenden mehr und konsequenter gepflegt würden als bisher, statt sich in Klagen über „unlauteren Wettbewerb der deutschen Geschäftswelt“ und ähnlichen aus der Luft gegriffenen Tendenzmärchen zu ergötzen, aber dann würde freilich der unmittelbare Erfolg ausbleiben, um den es doch den gegen den deutschen Wettbewerb zu Felde ziehenden Interessenten in erster Linie zu thun ist. Sie bleiben also dabei, vom Standpunkte des gefährdeten geschäftlichen Profites auf möglichst rigoroses Fernhalten der made in Germany-Artikel vom englischen Markte zu plaidieren.

Deutsches Reich. Der Liegeplan der sämtlichen im Kieler Hafen versammelten Kriegsschiffe hat noch im letzten Augenblick seitens des Oberkommandos der deutschen Marine wesentliche Änderungen erhalten. Die nunmehr wohl als endgültig zu betrachtenden Anordnungen sind derart getroffen, daß die Hauptflottilla sämtlicher, bei der Kanalfeier vertretenen Nationen um die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ zu liegen kommen werden.

Wie die „National-Ztg.“ hört, liegen von der Mehrheit der Bundesregierungen auf die Anfrage wegen der Einberufung einer internationalen Währungskonferenz Erwidierungen vor, die zum Teil so lauten, daß die Reichsregierung nicht gerade Widerspruch dagegen zu erheben brauche; aber nirgends macht sich ein wirkliches Verlangen darnach geltend, vielmehr tritt überall die Ueberzeugung hervor, daß kein positives Ergebnis zu erwarten ist. Eine Anzahl der Bundesregierungen traten als entschiedene Gegner auf.

Aus Anlaß des Racher Prozesses beschäftigt sich die „Allg. Zeitung“ in einem längeren Artikel mit der rechtlichen Stellung der Presse. Sie klagt über die „Gewohnheit unserer Richter, den Wirkungskreis der Presse thöricht einzuschränken, den Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen thöricht zu verengen.“ Weiter heißt es: „Eine der wichtigsten Aufgaben der Presse ist die Kritik aller Vorkommnisse des öffentlichen Lebens; sie ist eine bedeutungsvolle Bürgerpflicht geregelter Ordnung und geordneten Fortschritts. Fehler und Uebertreibungen lassen sich bei solcher Kritik kaum jemals ganz vermeiden, weil der Redakteur sich auf seine Gewährsmänner verlassen muß; häufig beruhen diese Fehler auf fahrlässiger Prüfung, auf politischer Färbung, ab und zu auch auf persönlicher Gefälligkeit; sie sind dann entschieden zu bekämpfen und zurückzuweisen, und auch die gediegene Presse hat alles Interesse daran, solchen Ausschreitungen entschieden entgegenzutreten. Aber sehr häufig und für den großen Durchschnitt der deutschen Presse müssen wir das Zeugnis ausstellen und das Zugeständnis verlangen, daß solche bewußte Ausschreitungen und persönliche Gefälligkeiten immer-

hin Ausnahmen sind, daß sachliche Fehler der Darstellung und verkehrte Urtheile weit mehr auf den Schwierigkeiten und Hindernissen beruhen, die sich naturgemäß einer vollständigen Beherrschung des ganzen Sachverhalts in allen Einzelheiten durch die Presse entgegenstehen. Richterprüche, welche der Presse in weitgehender Weise den gesetzlichen Schutz versagen, der ihr aus der Pflicht der Vertretung öffentlicher Interessen zufließt, setzen sich mit der Wirklichkeit der Dinge in einen schroffen Gegensatz. Denn das Mandat, öffentliche, nationale und soziale Interessen zu vertreten, strömt der Presse täglich durch tausend Adern und Aderchen zu, so oft die Richtsprüche ihr auch dieses Mandat und seine gesetzlichen Folgen absprechen mag.“

Der „Berl. Kor.“ zufolge ist der Polizei-Präsident Windheim zu Stettin zum Polizei-Präsidenten von Berlin ernannt worden.

Ueber die Verwendung preussischer Offiziere in Chile schreiben die „Berl. N. N.“: „Der Andrang der Bewerber ist außerordentlich groß: über zweihundert Offiziere aller Waffen sollen bis jetzt theils persönlich, theils schriftlich gemeldet haben. Vorläufig beabsichtigt die chilenische Regierung nur hundert deutsche Offiziere — acht der Infanterie, vier der Kavallerie, drei der Artillerie — in Dienst zu nehmen. Wegen des über Erwartungen hinausgehenden Andrangs hat General Körner seine Regierung telegraphisch um Verdoppelung jener Zahl ersucht. Bei so überaus großer Auswahl wird Chile auf treffliche Kräfte rechnen können. In nächster Zeit bereits wird im „Mil. W. Bl.“ die Veröffentlichung der Namen der zu jenem Zweck mit Aussicht auf Wiedereintritt in die deutsche Armee verabschiedeten Offiziere zu erwarten sein.“

Die Durchführung des Beschlusses der Ministerien des Innern und des Kultus, betreffend die Schließung der Krankenanstalt Marienberg, soll in folgender Weise erfolgen: 1) soll den Brüdern die selbstständige Annahme und Pflege der Kranken unterstellt werden, 2) soll von Staats wegen ein Verwalter eingesetzt werden, der nach eigenem Ermessen über die Verwendung geistlicher oder weltlicher Pfleger entscheiden kann, 3) wird die Provinzialverwaltung demnach Ärzte nach Marienberg entsenden, welche bestimmen, ob die von der Provinzialverwaltung dort untergebrachten Kranken und Irren in eine Provinzialanstalt zu verfrachten sind.

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie, die zu beherbergen Obeln — wie ein Blatt dieser Partei sich ausdrückte — „die Ehre gehabt hat“, hat sich mit Mancherlei beschäftigt, aber einen Gegenstand unberührt gelassen, auf dessen Erörterung man wohl auch in sozialdemokratischen Kreisen gespannt war. Wir haben vor einiger Zeit auf einen Bericht des „Vorwärts“ hingewiesen, der die Lage und Behandlung der Lagerhalter der sozialdemokratischen Genossenschafts-Sachen in sehr trübem Lichte erscheinen ließ, und auch sonst ist in der Presse die Aufmerksamkeit auf die eigenthümliche Rolle, welche die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin diesen Angestellten gegenüber spielt, gelenkt worden. Der „Vorwärts“ aber und auch die sächsischen, sonst so vorwiegend sozialdemokratischen Zeitungen haben den Vorwurf, sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser, entweder ohne ein Wort der Erwiderung auf sich sitzen lassen oder mit einigen groben Redensarten abfertigen zu können geglaubt. Um so sicherer durfte man erwarten, die Angelegenheit würde auf der Landesversammlung zur Sprache gebracht werden. Es ist dies aber nicht geschehen, obwohl jene Schilderung in den Kreisen von „Genossen“ sehr übel aufgenommen worden ist und man kann nicht umhin, dies als recht auffällig zu bezeichnen.

Der Umstand, daß auf Veranlassung des Kaisers von einem unserer bedeutendsten Historiker eine populäre Geschichte der großen Zeit von 1870/71 herausgegeben wird, die dazu bestimmt ist, unter möglichst billigen Bedingungen in den Besitz der weitesten Volksschreie überzugehen und auf diese Weise die Erinnerung an die glorreichen Tage aufzufrischen, hat das sozialdemokratische Zentralorgan, den „Vorwärts“, in eine blinde Wuth versetzt. Mit einem unverkennbaren Hinweis auf das zur Erleichterung der Anschaffung auch hestweise zur Ausgabe gelangende Werk ergeht sich der „Vorwärts“ in den tollsten Schimpereien. Die Ergebnisse von 1870/71 stellt das saubere Blatt direkt auf eine Stufe mit den „Schauerthaten“, die in Jeßn- und Zwanzigpfennig-Heften zerklüftet mit Erfolg als Kolportageroman ausgeschlachtet werden. Der glänzende Verteidigungskampf Deutschlands ist für das Blatt nur „eine Zerfleischung der beiden be-

deutendsten Kulturoeffen des Kontinents auf Geheiß ihrer Fürsten“ und die Schilderung dieses Kampfes und der deutschen Voffenthaten gilt dem „Vorwärts“ nur als „Kriegserinnerungs-Schund“, der „bis zum Ubel detaillirt die Ereignisse von 1870 morderpatriotisch anzuecht“ wiedergibt. Wir halten die deutschen Sozialdemokraten, namentlich die, welche den Krieg von 1870/71 mit durchgefochten haben, für weit besser, als sie das eigene Parteiorgan hier erscheinen läßt. Herrn Liebknecht aber möchte man wiederholt das Studium der Rede empfehlen, mit der soeben in der französischen Kammer der „Genossen“ Millerand der Ereignisse von 1870/71 gedacht hat. Vielleicht lernt er dann noch in seinen alten Tagen sich — schämen.

Oesterreich. Recht rabiate und fanatische Leute sind die ungarischen Kapläne. So hat ein Kaplan in Duna-Ezerdabely aus Jorn darüber, daß dem Justizminister bei seiner Anwesenheit in dem Orte auch von den Katholiken Ovationen gebracht wurden, von der Kanzel herab sächterlich auf ihn geschimpft und u. A. gesagt, „der Glanz der Fackeln hat den Weg zur Hölle beleuchtet und das Feuer für die- jenigen angefaßt, welche sich für den liberalen Minister begeistern.“ Jene nichtswürdigen Herren mögen ihre Kinder beim Schächter taufen lassen und beim Exekutor die Beichte ablegen.“ — Seinem greisen milderen Pfarrer, der ihm des- halb Vorwürfe machte, rief der junge Fanatiker zu: „Du nichtswürdiger sakrilegischer Hund, ich werde Dich sofort ab- ohrfeigen.“ Ein recht liebenswürdiger Mann, dieser Kaplan!

Italien. Mit Spannung sah man der ersten Geschäftsitzung der neuen Kammer entgegen, da man seitens der Radikalen und Sozialisten auf Skandale gefaßt war. Gleich zu Anfang wurde eine kurze Gedächtnisfeier für den ermordeten Deputirten Grafen Ferrari abgehalten, wobei unter anderen auch Costa namens der Sozialisten den tiefen, aufrichtigsten Schmerz seiner Partei über die Unthat ausdrückte. Als sich darauf der frühere Finanzminister und jetzige Vizepräsident Schimiri erhob und die Sozialisten als die moralischen Urheber des Attentats bezeichnete, entstand für einige Augenblicke ein wilder Lärm, und die äußerste Linke schleuderte Schimiri, der sich nicht beirren ließ, Insulten wie „Heuchler! Jesuit!“ und noch schlimmere zu. Der Rest der Sitzung ging ohne neuen Zwischenfall von statuen.

Balkanstaaten. „Daily Telegraph“ bringt eine In- formation, wonach die deutsche Regierung dem Sultan deut- lich zu verstehen gegeben haben soll, in der Angelegenheit der armenischen Frage dürfe der Sultan nicht auf die Sympathien Deutschlands rechnen. Andere Meldungen be- stätigen das. — Die Bulgaren haben mit ihrem Unter- werfungsanerbieten an den Jaren kein Glück. Die nach Petersburg zu entsendende Deputation ist zwar zusammen- gestellt; auch die Bischöfe Gregor und Clement, sowie der Sobranje-Präsident Toderow werden ihr angehören. Nach- dem jedoch die bezügliche Depesche, die nicht von der Regierung abgesandt war, an der russischen Grenze zurückgewiesen worden ist, erscheint es zweifelhaft, ob die Deputation überhaupt empfangen werden wird.

Schweden-Norwegen. Unmittelbar nach der am Mittwoch erfolgten Ankunft des Königs von Schweden in Christiania wurde ein Ministerrath abgehalten. Dabei em- plahl das jetzige Kabinett dem Kö- nige die Bildung eines Koalitions-Ministeriums. Der König ließ den Führer der Gemäßigten, Jakob Sverdrupp, am Abend zu einer Konferenz zu sich berufen.

Derthliches und Sächsisches.

Riesa, 14. Juni 1895.

— Der jetzt in Bischofswerda stattgefundene Verbands- tag der sächsischen Gewerbevereine (s. Nr. 133 des „R. T.“) beschäftigte sich u. A. auch noch mit einem Antrag der erz- gebirgischen Vereine, an die Königl. sächsische Staatsbahn- Verwaltung das Gesuch zu richten, daß im Bereiche der Königl. sächsischen Staatsbahn die Dauer der Abfahrtsarten auf fünf Tage verlängert wird. Dieser Antrag fand die lebhafteste Unterstützung, ebenso der weitere Antrag, allen Personenzügen Wagen 4. Klasse an Wochen- und Sonntagen beizugeben. Beide Anträge wurden mit großer Einigkeit an- genommen und wurde der Verbandstag alsdann beauftragt, die Angelegenheit auf dem Instanzenwege erforderlichen Falles bis vor den Landtag zu bringen. Ein dritter Antrag des Vereins, dahingehend, die Erweiterung der Altersgrenze für